

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung** der Stadt Burgdorf am **10.05.2022** im C-Trakt des Gymnasiums Burgdorf, Berliner Ring 27, 31303 Burgdorf

19. WP/A-SIPG/002

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:55 Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

Anwesend: Vorsitzende

Birgin, Gurbet

stellv. Vorsitzende

Paul, Susanne

Mitglied/Mitglieder

Baumgarten, Claudia
Braun, Hartmut
Höfner, Joachim
Nijenhof, Rüdiger bis TOP 6
Vehling, Karl-Heinz, Dr.
Voß, Gabriele

Grundmandatar/e

Wendt, Jörgen

stellv. Mitglied/Mitglieder

Gersemann, Christiane Vertretung für Frau Birgit
Meinig

Beratende/s Mitglied/er

Fronia, Imke
Kuchenbecker, Manfred
Müller, Astrid

Gast/Gäste

Lass, Monika

Verwaltung

Borrmann, Thomas
Kegel, Jan
Pape, Petra
Pollehn, Armin bis TOP 8
Zöllner, Christina

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
 2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Prävention am 16.11.2021
 3. Mitteilungen des Bürgermeisters
 4. Sozialarbeit im Rahmen der aktuellen Entwicklungen - Vorstellung durch die Flüchtlingssozialarbeit
 5. Neufassung der Satzung über die Unterbringung obdachloser Personen in der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2022 0170
 6. Gründung eines Seniorenbeirates für die Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2022 0191
 7. Neubesetzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung; Antrag gemäß Geschäftsordnung von Frau Gurbet Birgin, CDU-Fraktion
Vorlage: A 2022 0175
 8. Anfragen lt. Geschäftsordnung
 9. Anregungen an die Verwaltung
- Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Die Vorsitzende, **Frau Birgin**, eröffnete die Sitzung. Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Weiterhin teilte **Frau Birgin** mit, dass Frau Meinig heute durch Frau Gersemann vertreten werde und Frau Gebbe sich entschuldigen lasse.

Frau Birgin erklärte, dass Frau Pape vor Einstieg in den offiziellen Teil der Sitzung einen Beitrag bezüglich des sich am 03.05.2022 in der Burgdorfer Innenstadt zugetragenen Femizides vortragen werde.

Frau Pape schilderte kurz ihre Erlebnisse mit an der Unglücksstelle trauernden Familienangehörigen und Freunden der jungen Frau und Mutter. Im Folgenden verlas sie einen Offenen Brief der Gleichstellungsbeauftragten aus Burgdorf, Lehrte, Sehnde und Uetze, der Mitarbeiterinnen der AWO Frauenberatungsstelle und des AWO Frauenhauses Burgdorf (siehe Anlage 1).

Im Anschluss bat **Frau Pape** die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung zum Gedenken eine Schweigeminute einzulegen.

Abschließend ging **Frau Pape** auf die Prävention als wesentlichen Schwerpunkt in der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten und der Mitarbeiterinnen in der Frauenberatungsstelle ein. Hierfür seien besonders die vor Ort vielfältig vorhandenen Netzwerke wichtig. Außerdem sei es ihr wichtig, in der nächsten Sitzung das gemeinsam mit dem Nachbarschaftstreff organisierte Projekt „STOP“ (Stadtteil ohne Partnergewalt) vorzustellen.

Frau Birgin bedankte sich für diesen sehr wichtigen Beitrag.

Herr Nijenhof regte eine Änderung der Tagesordnung an und machte den Vorschlag, TOP 4 aufgrund der Abwesenheit der Flüchtlingssozialarbeiter/-innen auf eine möglichst bald anzusetzende Ausschusssitzung zu vertagen.

Herr Braun stimmte Herrn Nijenhof zu, bat jedoch die Verwaltung, wichtige Informationen dennoch bereits heute mitzuteilen.

Frau Birgin ließ im Folgenden darüber abstimmen, die Diskussion zu TOP 4 mit der Flüchtlingssozialarbeit auf die nächste, zeitnah einzuberufende Sitzung zu verschieben. Herr Borrmann werde jedoch schon heute wichtige aktuelle Informationen mitteilen.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung stimmte diesem Änderungsvorschlag einstimmig zu.

2. **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Prävention am 16.11.2021**

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung fasste mit 7 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung vom 16.11.2021 wird genehmigt.

3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Herr Bürgermeister Pollehn berichtete, dass sich der Neubau der Förderschule am Wasserwerk vermutlich bis mindestens Frühjahr 2025 verzögern werde. Die Region Hannover habe das Vergabeverfahren für aufgehoben erklärt. Hier werde ein Verfahrenswechsel notwendig. Das ursprüngliche Verfahren war im Sommer 2021 „geplatzt“, weil der Mitarbeiter, der von der Region und der Stadt Burgdorf mit der Projektsteuerung betraut worden war, genau zu dem Unternehmen gewechselt war, das den Zuschlag erhalten hatte. Nun sei von der Region Hannover ein zweistufiges Verfahren durchzuführen, zunächst solle es einen Architektenwettbewerb geben und dann erfolge die Freigabe für den Bau.

4. **Sozialarbeit im Rahmen der aktuellen Entwicklungen - Vorstellung durch die Flüchtlingssozialarbeit**

Herr Borrmann informierte die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung darüber, dass die Flüchtlingssozialarbeiter/-innen heute aufgrund eines Verdi-Streiks nicht anwesend seien.

Im Folgenden ging **Herr Borrmann** auf die erste Frage des Antrages der SPD-Fraktion ein. Derzeit seien drei Mitarbeiter/-innen in Vollzeit und zwei in Teilzeit beschäftigt. Eine Vollzeitkraft befinde sich derzeit in Elternzeit. Ein Mitarbeiter trete zum 31.05.2022 in die Altersteilzeit ein, für diese Stelle laufe bereits das Bewerbungsverfahren.

Herr Borrmann wies daraufhin, dass für die Fragen zwei bis vier zumindest die schriftlichen Antworten verteilt worden seien. Eine dazugehörige Diskussion werde nachgeholt.

Die letzte Frage des Antrages befasse sich mit dem notwendigen Handlungsbedarf der Politik. Hier ging **Herr Borrmann** speziell auf den derzeitigen Krieg in der Ukraine und dessen Auswirkungen ein. Burgdorf habe bereits 211 Personen im Leistungsbezug und teilweise auch unterbringen müssen. Hierbei handele es sich überwiegend um Frauen mit Kindern. Fragen nach Wohnungen und Arbeit werden bereits häufig gestellt. Eine wichtige Aufgabe der Politik sei es nun, auch weiterhin durch bezahlbaren Wohnraum den Geflüchteten eine Perspektive aufzuzeigen. Eine weitere Bitte sei die Vorgabe der Gestaltung der zukünftigen Integrationsarbeit.

Die Flüchtlingsunterkunft Sorgenser Dreieck sei durch die Gemeinde Uetze gekauft worden und werde gemeinsam mit der Stadt Burgdorf betrieben. Dort werden nach Absprache mit den dortigen Anwohnern ausschließlich ukrainische Flüchtlinge untergebracht. Die im Antrag angesprochene interkommunale Zusammenarbeit der beiden Kommunen finde auf Ebene der Unterbringung wie auch der sozialpädagogischen Betreuung statt.

Herr Dr. Vehling erfragte die Entwicklung der nicht-ukrainischen Flüchtlingszahlen.

Herr Borrmann teilte mit, dass der Zulauf inzwischen sehr gemäßigt verlaufe. Aus der derzeitigen Aufnahmequote von 76 Personen seien noch 20 Personen aufzunehmen. Seit Mitte 2021 seien somit 56 Personen aufgenommen worden.

Frau Wieker bat um Auskunft bezüglich der Absprache der beiden Kommunen bei der Kindergarten- und Schulbetreuung der im Sorgenser Dreieck untergebrachten Kinder.

Hierzu teilte **Herr Bürgermeister Pollehn** mit, dass eine Absprache bisher nicht erfolgt sei, da das Thema Kindergarten noch nicht aktuell sei. Die schulpflichtigen Kinder werden vermutlich in Burgdorfs Schulen untergebracht. Eine Absprache auf politischer Ebene werde noch stattfinden. Die bisher zunächst notwendigen Planungen seien zügig Schritt für Schritt abgearbeitet worden.

Herr Dr. Vehling erkundigte sich nach den zusätzlichen finanziellen Belastungen für die Stadt Burgdorf durch die aufzunehmenden ukrainischen Flüchtlinge.

Herr Borrmann teilte hierzu mit, dass die Leistungs- und Unterkunftskosten von der Region Hannover getragen werden. Daran ändere auch der für den 01.06.2022 angedachte Wechsel zum Jobcenter nichts. Eine genaue Bezifferung der anfallenden Kosten sei nicht möglich. Durch eine Konkretisierung der Fragestellung sei dies eventuell möglich.

Herr **Bürgermeister Pollehn** wies daraufhin, dass eine Abrechnung zur Verfügung gestellter Mittel und Kontingente natürlich noch nicht vorliege. Eine möglichst genaue Aufschlüsselung der anfallenden Kosten werde dem Protokoll beigelegt.

Antwort über das Protokoll:

Durch die Aufnahme ukrainischer Kriegsflüchtlinge sind der Stadt Burgdorf bisher folgende unmittelbaren Kosten entstanden:

Zusätzliche Personalkosten:

Ein Mitarbeiter (Beschaffung Wohnungseinrichtungen)

1 Monat 2.647,69 €

Eine Mitarbeitende (Entlastung Sachgebiet Hilfe zur Pflege)

3 Monate 3.944,46 €

An zusätzlichen Sachkosten sind bisher 840,00 € für einen Deutschkurs zur Vorbereitung der Beschulung ukrainischer Schüler der Sekundarstufen 1 und 2 entstanden.

Die Kosten für den Lebensunterhalt, die Kosten der Unterkunft (auch die Unterbringungskosten in städtischen Einrichtungen), Kosten für Möbel und Bekleidung, Schulmaterialien werden aus Sozialhilfemitteln der Region Hannover getragen.

Frau Birgin erinnerte an das sich bereits lange verzögernde Thema Integrationskonzept, welches nun endlich mit der richtigen Strategie weiter vorangehen müsse. Ihr Vorschlag hierzu sei, innerhalb einer zeitnah stattfindenden Sitzung des Ausschusses dieses Thema zu diskutieren und eine Strategie festzulegen.

Herr Nijenhof stimmte diesem Vorschlag zu. Er gab jedoch zu bedenken, dass in einer der letzten Ausschusssitzungen bereits intensive Diskussionen zu der Erarbeitung des Integrationskonzeptes stattgefunden haben. Die dort erzielten Ergebnisse sollten vor einer erneuten Behandlung dieses Thema zusammengefasst und zur Verfügung gestellt werden.

Frau Paul signalisierte Frau Birgin und Herrn Nijenhof ihre Zustimmung. Fraglich sei für sie jedoch, was genau der Ausschuss zu entwickeln habe, eine Strategie oder ein Konzept. Wichtig sei ein breit angelegter Prozess mit allen in Frage kommenden Institutionen außerhalb dieses Ausschusses.

Frau Birgin führte ihren Wunsch nach der Entwicklung einer Strategie weiter aus. Hierzu müsse auch das Integrationskonzept der Region Hannover in die Überlegungen mit einbezogen werden.

Herr Dr. Vehling regte an, in der Vorbereitung von Ausschusssitzungen, in kleinen fraktionsübergreifenden Gruppen solch komplexe Themen zu behandeln. Das seinerzeit vorgelegte Sozialarbeiterkonzept sei seinen Ansprüchen nicht genüge geworden. Daher befürworte er, dass sich alle Beteiligten innerhalb dieses Ausschusses diesem Thema annehmen. Angesichts der zukünftigen Bedeutung eines Integrationskonzeptes sei im Vorfeld eine eintägige Klausurtagung notwendig.

Frau Fronia gab den Ausführungen des **Herrn Dr. Vehling** recht. Sie verwies zudem auf die gelungene Umsetzung dieses Themas durch die Stadt Lehrte. Zunächst sei jedoch der richtige Ansatz notwendig.

Frau Voß schloss sich den vorherigen Meinungen an. Ihr Wunsch sei jedoch eine externe Prozessbegleitung. Hierfür sollte auch bei der Region Hannover angefragt werden.

Frau Gersemann empfahl, den Kreis der Beteiligten nicht zu groß werden zu lassen. Auch bereits vorhandene Konzepte anderer Kommunen sollten in den anstehenden Überlegungen eine Rolle spielen.

Herr Bürgermeister Pollehn stellte fest, dass die bisherige Strategie hinsichtlich der Erarbeitung eines Integrationskonzeptes, insbesondere die Befragung sämtlicher Beteiligter, sehr umfangreich und zeitaufwendig gewesen sei. Dies sei auch ein Grund, dass dieses Thema bisher nicht abgeschlossen werden konnte. Die Neubildung des Rates und der Ausschüsse sei die Chance für einen Neustart. Weiterhin bot er den Mitgliedern des Ausschusses an, sich jederzeit bei ihm persönlich einen Überblick über den derzeitigen Fortschritt des Themas Integrationskonzeptes seitens der Verwaltung zu verschaffen.

Nun sei es die Aufgabe, alle an dieser Aufgabe Beteiligten zusammenzubrin-

gen und gemeinsame wie auch eigene Aufgaben zu erarbeiten. Bisher haben bereits regelmäßige Zusammenkünfte innerhalb eines Kooperationsmodells stattgefunden.

Insbesondere das Thema der Flüchtlingsbetreuung wird in Zukunft nicht nur temporär bleiben, sondern eine Pflichtaufgabe der Verwaltung. Die Kompetenz innerhalb der Stadt Burgdorf auf dem Gebiet der Integration von Flüchtlingen sei bereits jetzt sehr hoch.

Frau Wieker wies auf die Veranstaltung am 19.05.2022 im Gymnasium Burgdorf hinsichtlich der Präsentation der Ergebnisse des Projektes „Vorbilder“ des Burgdorfer Mehrgenerationenhauses mit der Universität Göttingen hin. Hier wurden innerhalb eines einjährigen Prozesses 120 Geflüchtete aus Burgdorf befragt, was bei der Integration wichtig sei. Auch die Äußerungen der Betroffenen sollten als ein weiterer Aspekt im weiteren Vorgehen miteinbezogen werden.

Herr Dr. Vehling machte deutlich, dass die Stadt Burgdorf nun endlich eine entsprechende Haltung zum Thema Integration und derer zukünftigen Richtung einnehmen müsse.

Frau Paul machte deutlich, dass der Dialog mit den Betroffenen ein wichtiger Punkt sei.

Frau Birgin bat die Verwaltung als Abrundung der Diskussion, vor der Sommerpause zu einer Klausurtagung mit einem externen Berater einzuladen. Außerdem sollte bei der nächsten Ausschusssitzung eine Berichterstattung zu dieser Klausurtagung erfolgen.

Herr Bürgermeister Pollehn sagte zu, diesen Wunsch aufzunehmen und alles Nötige in die Wege zu leiten. Welche Personen / Institutionen hierzu eingeladen werden sollen, müsse noch geklärt werden.

5. Neufassung der Satzung über die Unterbringung obdachloser Personen in der Stadt Burgdorf

Vorlage: BV 2022 0170

Herr Nijenhof bat um Informationen zur weiteren Verwendung der Gebäude „Drei Eichen 3 und 3a“.

Herr Bürgermeister Pollehn erläuterte, dass ihm eine konkrete Beantwortung derzeit nicht möglich sei. Eine Antwort werde dem Protokoll beigelegt.

Frau Paul erfragte in diesem Zusammenhang die Situation speziell der obdachlosen Frauen. Statistiken zu Anzahl und Art der Unterbringung über das Protokoll sei ihr wichtig.

Antwort über das Protokoll:

Sofern die Belegungssituation es zulässt, werden Frauen in Einzelzimmern in räumlicher Nähe zueinander untergebracht. Aktuell seien zwei Bewohnerinnen seit dem Jahr 2021 untergebracht. Im Jahr 2020 war die Anzahl identisch.

Frau Fronia erklärte, dass es natürlich auch in Burgdorf obdachlose Frauen gebe. Hier spielen häufig Gewaltsituationen eine Rolle. Durch die gut funktionierende Sozialarbeit halte sich die Anzahl im Obdach untergebrachter Personen

jedoch im Rahmen.

Herr Bürgermeister Pollehn ergänzte, dass es auch separate Räumlichkeiten für Frauen gebe, auch Einzelbereiche seien vorhanden. Häufig halten sich die Obdachlosen jedoch in der Tageswohnung auf. Eine entsprechende sozialpsychologische Betreuung sei jederzeit sichergestellt.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung fasste einstimmig folgenden empfehlenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt die Neufassung der Satzung über die Unterbringung obdachloser Personen in der Stadt Burgdorf in der sich aus der Anlage 1 der Vorlage BV 2022 0170 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage beigefügten) Fassung.

**6. Gründung eines Seniorenbeirates für die Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2022 0191**

Herr Kuchenbecker als Mitglied des Seniorenrates erläuterte den Antrag des Seniorenrates in einen in städtischer Satzung verankerten Seniorenbeirates. Er erwarte, dass die Stadt Burgdorf ihre Haltung gegenüber den etwa 9.000 Menschen im Alter über 60 Jahren aufzeige.

Der Seniorenrat unter Leitung von Wolfgang Büttner habe bereits über 10 Jahre lang hervorragende, selbstständige Arbeit geleistet. Es gehe nun darum, einer zahlenmäßig großen Gruppe auch übergeordnete Interessen z.B. in den Bereichen Wohnen, Medizinische Versorgung, Alten- und Pflegeheime durchzusetzen.

Die Teilnahme in den Ausschüssen auf politischer Ebene in beratender Funktion sei ein Grundgedanke des Antrages.

Frau Lass, stellvertretende Sprecherin des Seniorenrates, ging auf die aus ihrer Sicht wichtigsten Punkte des vorliegenden Positionspapiers des Seniorenrates ein. Dazu zählen ein zentraler Ansprechpartner innerhalb der Verwaltung, Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung einer Briefwahl sowie eine größere Akzeptanz und Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit.

Herr Nijenhof befand die Umwandlung des Seniorenrates in einen Beirat als eine Art Semantik. Die Vorlage sei jedoch sehr umfangreich und einige Punkte bedürfen noch weiterer Klärung. Generell habe der Antrag jedoch seine Zustimmung.

Herr Braun machte deutlich, dass der Seniorenrat die im Antrag dargestellten Punkten auch in seiner jetzigen Form erreichen könne. Er könne sich als Alternative gut vorstellen, dass die Stadt den Seniorenrat finanziell bei der Durchführung seiner nächsten Seniorenratswahl unterstütze.

Herr Dr. Vehling verdeutlichte, den Seniorenrat bisher als sehr gut organisierte Gruppe erlebt zu haben. Er schließe sich daher den Aussagen von **Herrn Braun** an. Es stelle sich ihm die Frage, warum die Senioren einen Beirat verdient haben und andere Bevölkerungsgruppen nicht. Auch vor diesem Hintergrund sei seine Haltung zu diesem Antrag eher zurückhaltend. Es gebe auch in der derzeitigen Form jede Menge Möglichkeiten sich politisch

einzubringen.

Herr Kuchenbecker verdeutlichte seine Ansicht, dass die entscheidenden Dinge für ältere Menschen auf einer politischen Ebene, wie den Ausschüssen und dem Rat, fallen. Als Seniorenbeirat beständen weitere Möglichkeiten, mit einem politischen Mandat und einer Anbindung auf höherer Ebene mehr Einfluss zu nehmen. Finanzielle Aspekte seien unerheblich.

Frau Paul erklärte, dass ihre Fraktion die Stimme der Senioren/-innen natürlich unterstütze. Aus ihrer Sicht sei interessant, wie der Seniorenrat mit den anderen Akteuren vernetzt sei. Dies zähle zu einer starken Stimme ebenfalls hinzu.

Herr Kuchenbecker erklärte, dass auch aus seiner Sicht eine starke Vernetzung wichtig sei. Der Seniorenrat sei im Stande, zügig alle Institutionen zusammenzubringen und ein Konzept zu entwickeln. Die formale Hilfe der Verwaltung hierzu durch einen Ansprechpartner sei unabdingbar. Der Seniorenrat sei mehrheitlich für die Umwandlung, um die politische Stimme zu erhöhen, eine heutige Abstimmung sei auch möglich. Jedoch werde bereits im Oktober ein neuer Seniorenrat oder Beirat gewählt, dies benötige einen Vorlauf und Sicherheit in der Planung.

Frau Lass verdeutlichte, dass der Seniorenrat unter der Führung von Herrn Büttner auch in der Verwaltung sehr gut vernetzt gewesen sei und auf kurzem Wege viel erreichen konnte. Es gebe natürlich Ansprechpartner, aber hier stoße man häufig an Grenzen.

Herr Wendt erklärte, dem vorliegenden Antrag aufgrund der überzeugenden Argumentation natürlich zuzustimmen.

Frau Meyer, anwesendes Mitglied des Seniorenrates, erklärte, dass aus ihrer Sicht die Bezeichnung Rat oder Beirat keine Rolle spielen würde. Es habe bereits ein positives Gespräch mit dem Bürgermeister gegeben, er habe ein stets „offenes Ohr“ signalisiert. Auch ein Ansprechpartner seitens der Verwaltung wurde genannt.

Frau Voß erklärte, dass sie heute keine Entscheidung zu dem vorliegenden Antrag treffen könne. Die Auswirkungen der Umbenennung sei ihr noch nicht klar. Eine Vertagung auf die nächste Ausschusssitzung sei aus ihrer Sicht sinnvoll.

Ein anwesender Bürger verdeutlichte die Wichtigkeit der politischen Aufwertung des Seniorenrates.

Frau Wieker bat um Aufklärung, ob es eine feste Kontaktperson in der Verwaltung gebe oder nicht.

Herr Kuchenbecker und **Frau Meyer** gaben Auskunft, dass Frau Raue und Frau Vierke hervorragend mit dem Seniorenrat zusammenarbeiten. Eine eindeutige Zuordnung sei jedoch nicht vorhanden.

Herr Höfner erklärte, dass die CDU - Fraktion dem Antrag positiv gesonnen sei.

Frau Voß stellte einen Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes auf eine zeitnah einzuberufende nächste Ausschusssitzung.

Frau Birgin ließ im Folgenden über diesen Antrag abstimmen.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung stimmte diesem Antrag einstimmig zu.

**7. Neubesetzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung; Antrag gemäß Geschäftsordnung von Frau Gurbet Birgin, CDU-Fraktion
Vorlage: A 2022 0175**

Herr Höfner trug den vorliegenden Antrag kurz vor.

Frau Paul hob die wertvolle Arbeit der Tafel Burgdorf hervor. Es sollte jedoch strukturell geklärt werden, welche Institutionen in diesen Ausschuss gehören. Daher sollte zunächst darüber ein Beschluss gefasst werden. Wichtig sei, dass dies kein Beschluss gegen die Tafel sei, sondern für die Struktur des Ausschusses.

Herr Dr. Vehling erläuterte, dass je nach Thema Beteiligte eingeladen werden sollten. Die Zusammensetzung des Ausschusses könne nicht willkürlich erfolgen. Wichtig sei, Gremien in überschaubarer Größe zu halten.

Frau Birgin ließ sodann über den vorliegenden Antrag abstimmen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung stimmten mehrheitlich mit 6 Nein- und 2 Ja - Stimmen gegen den Antrag.

Im Folgenden wurde über den im Ausschuss formulierten Antrag abgestimmt.

Eine institutionelle Erweiterung des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung erfolgt nicht. Je nach Bedarf werden themenbezogen entsprechende Institutionen eingeladen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung stimmten mehrheitlich mit 6 Ja - Stimmen bei 2 Enthaltungen für diesen Antrag ab.

Hinsichtlich der zweiten Fragestellung des Antrages, bezüglich der Positionen des Integrationsbeauftragten und des Präventionsrates regte **Herr Dr. Vehling** an, eine Entscheidung zum Thema Integration bis nach Abschluss der anstehenden Diskussionen in den weiteren Sitzungen abzuwarten. Für den Bereich Prävention sollte zudem eine gesonderte Behandlung erfolgen.

Frau Birgin ließ sodann darüber abstimmen, diese Frage nach den weiteren anstehenden Beratungen abschließend zu klären.

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung stimmten diesem Vorschlag einstimmig zu.

8. Anfragen lt. Geschäftsordnung

Es lagen keine Anfragen vor.

9. Anregungen an die Verwaltung

Es lagen keine Anregungen vor.

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ausschussvorsitzende

Protokollführer